

Forderungen der BesetzerInnen des Audimax der Julius-Maximilians-Universität Würzburg an die Hochschulleitung (vom 15.11.2009 zuletzt geändert am 29.11.2009)

Wir sprechen uns prinzipiell gegen Studiengebühren aus. Die Universität Würzburg soll den rechtlichen Rahmen zur Senkung der Studiengebühren voll ausschöpfen, bis unsere Forderung nach vollständiger Abschaffung der Studiengebühren durch den Gesetzgeber erfüllt sind.

In weitgehender Übereinstimmung mit der Mehrheit des Bayerischen Landtages sehen wir akuten Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Bologna-Reform an den Hochschulen. Durch die folgenden Forderungen möchten wir an der Umsetzung dieses Prozesses mitwirken:

- Unnötiger Leistungsdruck durch generelle und alles umfassende Benotung muss vermieden werden.
- Abschaffung der generellen Anwesenheitspflicht, um Studierenden eine individuelle Gestaltung des Studiums zu ermöglichen.
- Ausweitung der Regelstudienzeit
- Weitere Verbesserung der ASPO unter Mitarbeit der Studierenden.
- Dazu ist die Schaffung eines individuellen, qualitativ hochwertigen Lehrangebotes notwendig.
- Flexibilität, Mobilität und insbesondere die Möglichkeit eines Auslandsaufenthaltes muss innerhalb der Regelstudienzeit gewährleistet sein.
- Ein Teilzeitstudium muss eine realistische Alternative zu einem Vollzeitstudium darstellen.
- Ein Doppelstudium muss in allen Fächerverbindungen möglich sein.
- Für jeden Bachelorabsolventen muss es einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz geben.
- Der Masterabschluss wird Regelabschluss.

Zur Neugestaltung des Bachelor/Master-Systems sowie zur langfristig optimalen Gestaltung der Hochschulen ist es dringend erforderlich, die Studierenden miteinzubeziehen und ihnen ein effektives Mitbestimmungsrecht zuzugestehen. Das Einbringen der Studierenden in die universitären Entscheidungsprozesse ist eine Chance für eine positive Zukunft der Bildung. Im Einzelnen bedeutet dies:

- Gremiensitzungen müssen auf allen Ebenen grundsätzlich öffentlich stattfinden und transparent sein.
- Die Studierenden erhalten 25 % der Stimmen im Senat. Die ProfessorInnen behalten die absolute Mehrheit.
- Der Hochschulrat, in dem 8 von 17 Stimmberechtigte Mitglieder nicht Angehörige der Universität sind, wird durch ein Universitätsparlament ersetzt, in dem die vier Gruppen von Hochschulangehörigen jeweils 25% der Stimmen erhalten (Viertelparität).
- Eine regelmäßig im Semester stattfindende Vollversammlung mit Studierenden und der Hochschulleitung der Universität Würzburg, um den Studierenden Raum zu geben, ihre Anliegen vorzubringen.
- Anerkennung einer unabhängigen Studierendenschaft in der Form eines eingetragenen Vereins als Übergangslösung bis eine verfasste Studierendenschaft in das Gesetz aufgenommen wurde.

Die Hochschulleitung soll sich offensiv und transparent, soweit wie möglich in Kooperation mit den Studierenden, für die Umsetzung der Forderungen beim Staatsministerium einsetzen und die hierfür benötigten finanziellen Mittel einfordern. Sie soll sich der Forderung nach einer gesetzlich verankerten Studierendenschaft anschließen.